Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/4707

06. 02. 76

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 11. Februar 1976
am Donnerstag, dem 12. Februar 1976

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

1. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Gesamtkosten, die dem Bund für die Anmietung von Gebäuden und Räumen für oberste Bundesbehörden entstehen?

2. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage und zur Stützung der Bauwirtschaft sowie längerfristig zur Entlastung des Bundeshaushalts solche Behörden künftig mehr als bisher in eigenen statt in angemieteten Räumen unterzubringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

3. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Wäre es nicht zweckmäßig, das Mindestalter für Ausbilder (in der gewerblichen Wirtschaft, Handwerk und Verwaltung) grundsätzlich auf 21 Jahre, bei Erfüllung der Voraussetzungen nach §§ 21 und 76 des Berufsbildungsgesetzes, herunterzusetzen, um mehr Lehrstellen zu erhalten, da die zuständigen Behörden von der Möglichkeit des § 76 Abs. 3, der eine Ausnahme im Einzelfall zuläßt, wenig Gebrauch machen?

4. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Welche Mittel werden im Haushaltsjahr 1976 voraussichtlich für die Förderung von überbetrieblichen Lehrwerkstätten in der Bundesrepublik Deutschland eingestellt, und welcher Anteil dieser Mittel wird voraussichtlich im Bundesland Rheinland-Pfalz eingesetzt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

5. Abgeordneter **Schleifenbaum** (FDP)

Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung wissenschaftlichen Erkenntnissen zu, daß im Umkreis von Hochspannungsleitungen durch elektrische Felder bei Dauereinwirkung gesundheitliche Schäden bei Menschen eintreten können?

6. Abgeordneter **Schleifenbaum** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, die im Umkreis von Hochspannungsleitungen auftretenden elektrischen Felder als Immission zu qualifizieren, vor deren Auswirkungen der Bürger geschützt werden sollte?

7. Abgeordneter **Geldner** (FDP)

Welche gesetzgeberischen oder sonstigen Konsequenzen glaubt die Bundesregierung aus dem Urteil im sogenannten Giftmüllprozeß ziehen zu müssen, wo ja offenbar umweltrechtliche Fragen beim Strafmaß kaum eine Rolle gespielt haben?

8. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wie wird verfahren, wenn Ausländer, denen Asyl gewährt wurde, mehrfach wieder in das Land reisen, dessen Verlassen wegen Gefährdung aus politischen Gründen den Anspruch auf Asylgewährung begründete, und welche Begründung gibt es dafür, wenn in solchen Fällen von der Bestimmung kein Gebrauch gemacht wird, daß die Asylgewährung widerrufen werden kann, wenn die Voraussetzungen für die Zuerkennung nicht mehr vorliegen?

9. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Stellt bei Bewerbern für eine Stelle im öffentlichen Dienst die bei einer früheren Arbeitsstelle erfolgte Zusammenarbeit mit Kommunisten im Rahmen von Betriebs- und Personalräten einen Tatbestand dar, der bei der Prüfung der Frage, ob der Bewerber ständig und immer die Gewähr bietet, aktiv für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten, besonders geprüft und gewürdigt wird?

10. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Umweltbundesamt in Berlin am 22. Dezember 1975 entgegen einem Beschluß des Haushaltsausschusses Mittel in Höhe von rund 500 000 DM bewilligt hat, und – wenn ja – wer trägt dafür die Verantwortung?

11. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus diesem Vorfall zu ziehen?

12. Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU)

Mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung die Ankündigung des Bundesinnenministers vor dem Deutschen Bundestag am 6. November 1975 verwirklicht, über die Gleichbehandlung des Beamten- und Angestelltenbereichs hinsichtlich der Abschaffung der Bewährungsbeförderung „bis zum Abschluß des Gesetzgebungsverfahrens . . . zu wachen", und welche Konsequenzen beabsichtigt sie zu ziehen, falls die angekündigte Gleichbehandlung nicht erreicht ist?

13. Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU)

Welche Tarifvorschriften im einzelnen und welche Fälle des tariflichen Bewährungsaufstiegs entsprachen oder entsprechen nach Ansicht der Bundesregierung der gestrichenen besoldungsrechtlichen Bewährungsbeförderung, und welche dieser Vorschriften und Fälle sind aufgehoben worden, welche bestehen noch?

14. Abgeordneter **Vogt** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, künftig bei der Vorlage von Gesetzentwürfen auf dem Vorblatt anzugeben, welchen personellen und finanziellen Aufwand das Gesetz außerhalb der öffentlichen Verwaltung verursacht?

15. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es für vertretbar, daß die deutsch-niederländische Raumordnungskommission Nord erst in etwa zwei bis drei Jahren eine Bestandsaufnahme der Umweltprobleme in der Dollartregion vorlegen will?

16. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Detailfragen – wie zum Beispiel die vorhandene Verschmutzung des Dollarts – in der Raumordnungskommission nicht erörtert wurden, wie von Verwaltungspräsidenten Milde kommentiert wurde, und ist sie auch der Auffassung von Herrn Milde, „daß man sich in Sachen Dollartverschmutzung nur emotional ereifert, da jegliche Fakten fehlen"?

17. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Warum hat die Bundesregierung die Veröffentlichung der Dokumentation über die Verbrechen der Vertreibung immer noch nicht freigegeben, und wann gedenkt sie es zu tun, nachdem der Bundeskanzler in seinem Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland ausdrücklich „das unermeßliche Leid, den Verlust, die Vertreibung . . . damals vor dreißig Jahren" erwähnt hat?

18. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Informationen vor, wonach ein großer Teil der aus der Sowjetunion im Rahmen der Familienzusammenführung nach Deutschland eingewanderten Sowjetbürger wieder in die Sowjetunion zurückkehren will?

19. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Wenn ja, worin sieht die Bundesregierung die Ursachen für diese Entwicklung?

20. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Sowjet-Union – wie am Montag, dem 2. Februar 1976, in dem SDR-Fernsehfilm „Moskau Spione" behauptet – in der Bundesrepublik Deutschland rund 10 000 KGB-Mitarbeiter zur Spionage und zur Beeinflussung der Politik sowie der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland einsetzt und daß neben bekannten hohen UdSSR-Diplomaten ein großer Teil der UdSSR-Botschaftsangehörigen aus KGB-Mitarbeitern besteht, und wenn ja, ist dies nach Ansicht der Bundesregierung der Entspannung nach den Ostverträgen und der KSZE-Schlußakte von Helsinki förderlich, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

21. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob der ehemalige Chef des Bundeskanzleramts, Prof. Dr. Ehmke, in dem zur Zeit laufenden Prozeß zwischen ihm und der Deutschlandstiftung bekundete, er habe damals in seiner Eigenschaft als Chef des Bundeskanzleramts den Journalisten Disler allein deshalb nach

Bonn geholt und ihn zur Veröffentlichung von Geheimprotokollen über die Moskauer Verträge befragt, weil die Bundesregierung nachrichtendienstlich an dem Verteilerschlüssel in der Bundesrepublik Deutschland für diese Geheimdokumente interessiert gewesen sei, und wenn ja, teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß hier nach der Aussage von Prof. Dr. Ehmke illegale Inlandsaufklärung betrieben wurde?

22. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Welches sind die Gründe dafür, daß die Bundesregierung den Gesetzentwurf „zur vereinfachten Abänderung von Unterhaltsrenten“, der eine prozentuale Anpassung des Unterhalts für berechtigte eheliche Kinder getrennt lebender und geschiedener Eltern vorsieht, noch nicht dem Bundestag zugeleitet hat, und wann ist damit zu rechnen?

23. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Entsprach die in Teilen der Bundesrepublik Deutschland kürzlich ausgelöste Großfahndung nach den seinerzeit in den Südjemen ausgeflogenen Terroristen den beschlossenen Grundsätzen über ein abgestimmtes und koordiniertes Vorgehen aller für die innere Sicherheit einschlägig Verantwortlichen?

24. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus diesem Vorfall, um künftig ein optimal abgestimmtes Vorgehen zu sichern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

25. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

Trifft es zu, die Bundesregierung habe einem italienischen Vorschlag zugestimmt, Italien die im Frühjahr 1975 getilgte Quote von 0,5 Milliarden Dollar des Kredits der Deutschen Bundesbank von 2 Milliarden Dollar wieder einzuräumen, und wie nimmt die Bundesregierung – bejahendenfalls – hierzu und zu den Vorgängen, die dies verursacht haben, im einzelnen Stellung?

26. Abgeordneter **Meinike (Oberhausen)** (SPD)

Sind Mitteilungen zutreffend, daß die nach dem Dritten Gesetz zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes notwendige behördliche Anerkennung der Lohnsteuerhilfsvereine trotz vorliegender Anträge in vielen Fällen noch aussteht, und wenn ja, mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung dieses Problem in ihren Gesprächen mit den zuständigen Stellen in den Ländern erörtert?

27. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Wie hoch ist die finanzielle Mehrbelastung der Städte und Gemeinden infolge der Mehrwertsteuererhöhung von 11 % auf 13 %?

28. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung aus der Tatsache, daß die Investitionen hemmende Investitionssteuer und die auf Investitionsanregung ausgerichteten Investitionszulagen zusammentreffen und sich damit neutralisieren können, Konsequenzen ziehen?

29. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, allein erziehende Elternteile bei der Gewährung von Sparprämien Verheirateten gleichzustellen?

30. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Trifft es zu, daß die derzeitige Ausgleichsabgabe zur Sicherung des Kohleverbrauchs in der Elektrizitätswirtschaft (Kohlepfennig) zusätzlich besteuert wird, und – wenn ja – auf Grund welcher gesetzlichen Grundlage?

31. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die zusätzliche Belastung des Verbrauchers durch Besteuerung der Ausgleichsabgabe abzustellen?

32. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann** (CDU/CSU)

Behalten die Besteller von Lastkraftwagen ihren Anspruch auf Investitionszulage, wenn sie bei Inkrafttreten einer Neuregelung über die PS-Leistung von Lastkraftwagen ihre Bestellung von 8 PS/t stornieren und ein entsprechendes Fahrzeug mit 6 PS/t ordern?

33. Abgeordneter **Dr. Waigel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß für die Gewährung von Ausgleichsleistungen nach Artikel 106 Abs. 8 des Grundgesetzes an Gemeinden Ausführungsrichtlinien des Bundesfinanzministeriums erforderlich aber noch nicht erstellt sind, und wenn ja, hält es die Bundesregierung angesichts der bekannten finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden für tragbar, den nach Artikel 106 Abs. 8 des Grundgesetzes anspruchsberechtigten Gemeinden die ihnen zustehenden Ausgleichsleistungen aus diesem Grunde vorzuenthalten?

34. Abgeordneter **Dr. Müller (München)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Tatsache, daß Überweisungen von Bank zu Bank heute oft bis zu drei Wochen dauern, für gerechtfertigt, oder sieht sie darin einen ungerechtfertigten Zinsgewinn der Banken?

35. Abgeordneter **Dr. Müller (München)** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diesen Mißstand einzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

36. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Treffen die Ausführungen des Bundeswirtschaftsministers in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 17. Januar 1976 zugunsten des freien Welthandels und gegen die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu, und wenn ja, wie sind sie mit dem Verhalten des Bundesministers des Auswärtigen und des Bundesministers

für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf der Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu vereinbaren, auf der die Bundesregierung einer Resolution mit entgegengesetzten Aussagen zustimmte, und warum hat der Bundeswirtschaftsminister gegebenenfalls seine Auffassungen nicht im Kabinett vor der Zustimmung der Bundesregierung zu dieser Resolution geltend gemacht und durchgesetzt?

37. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung Beschäftigungs- und Auftragslage des Deutschen Binnenschiffbaues, und was gedenkt sie gegebenenfalls für Hilfsmaßnahmen für diesen Wirtschaftszweig zu ergreifen?

38. Abgeordneter **Lampersbach** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der interministerielle Ausschuß für die Deckung von Exportforderungen zu Kreditbedingungen zur Zeit in bezug auf Geschäfte mit argentinischen Geschäftspartnern keine Garantieerklärung zur Deckung des Fabrikationsrisikos und des Ausfuhrrisikos über die Hermes Kreditversicherungs-Aktiengesellschaft genehmigt, und wenn ja, welche Gründe haben die Bundesregierung hierzu veranlaßt?

39. Abgeordneter **Lampersbach** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, einen Zeitpunkt anzugeben, zu dem wieder mit einer positiven Entscheidung gerechnet werden darf?

40. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Trifft es zu, daß beim Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft (BAW), welches für die Genehmigung von Rüstungsgüter-Exporten, die nicht Kriegswaffen sind, zuständig ist, Anträge der Firma Rheinstahl zur Ausfuhrgenehmigung von 800 Schützenpanzern „Marder" nach Saudi-Arabien vorliegen, und bedeutet dies, daß die Bundesregierung die Entscheidung über diese Exportanträge nach den Kontrollbestimmungen des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) und der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) vornehmen wird, obwohl „gepanzerte Fahrzeuge" nach der Dritten Verordnung zur Änderung der Kriegswaffenliste vom 28. August 1973 (BGBl. I S. 1050) unter Nr. 31 sowie nach der Kriegswaffenliste über Waffen, die auch vom Rüstungskontrollamt der WEU kontrolliert werden (BGBl. 1973 I S. 1052), unter A 17 bzw. B 64 eindeutig als Kriegswaffen gekennzeichnet sind?

41. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung über die Anträge der Firma Rheinstahl entscheiden, oder sieht sie in solchen Auskünften eine „unbefugte Offenbarung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen im Sinne des § 203 Abs. 2 StGB", wie es in einem Schreiben des Bundeswirtschaftsministers heißt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

42. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen hat das in Italien in großem Ausmaß betriebene Töten von Singvögeln und Zugvögeln auf das Wirkungsgefüge der Natur in der Bundesrepublik Deutschland?

43. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung bisher alle rechtlichen Möglichkeiten in den Gremien der Europäischen Gemeinschaften ausgeschöpft, um dem Töten von Singvögeln Einhalt zu gebieten?

44. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Angaben des „Komitees gegen den Vogelmord" bestätigen, nachdem in Italien jährlich Millionen von Zugvögeln sinnlos gefangen und getötet werden, und was hat die Bundesregierung bejahendenfalls bisher gegen diese Art des Tötens von Tieren in einem benachbarten EG-Land mit welchem Erfolg unternommen?

45. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung beim Import von mit überhöhten Gehalten an Schadstoffen kontaminierten Futtermitteln die Gesundheit von Tier und Mensch hinreichend und lückenlos durch behördliche Überwachung absichern, wenn die Abgabe derartiger Futtermittel gem. § 9 Abs. 1 Nr. 3 des Futtermittelgesetzes vom 2. Juli 1975 auch an landwirtschaftliche Tierhalter als „anerkannte Hersteller" erfolgen kann, und wenn diese Tierhalter darüberhinaus auch noch in den Besitz von Zusatzstoffen gelangen können, die sie sonst auf Grund des Arzneimittelgesetzes nur auf Verschreibung des behandelnden Tierarztes erhalten würden?

46. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß von Italien aus in größerem Umfang Singvögel in die Bundesrepublik Deutschland verbracht werden und dabei in großer Zahl verenden, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

47. Abgeordneter **Wende** (SPD)

In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung, die deutschen Gartenbaubetriebe hinsichtlich der Beihilfe zu den Energiekosten im Unterglasanbau gegenüber den holländischen Gartenbaubetrieben wettbewerbsfähig zu halten?

48. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Welche Maßnahmen werden von der Bundesregierung erwogen, um die steigenden Kartoffelpreise unter Kontrolle zu bekommen?

49. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Welche Kartoffelpflanzgutpreise erwartet die Bundesregierung im Frühjahr 1976, und was gedenkt sie zu unternehmen, damit ein ausreichender Kartoffelanbau im Jahr 1976 sichergestellt wird?

50. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Welche Haltung wird die Bundesregierung bei den Ministerratsverhandlungen in Brüssel einnehmen in bezug auf den Vorschlag der Kommission, eine Zwangsbeimischung von 2 % Magermilchpulver in allen Futtermitteln zu verordnen, und wie wirkt sich eine solche Maßnahme eventuell auf die Produktionskosten der landwirtschaftlichen Veredlungsprodukte aus?

51. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die Preisvorschläge der EG-Kommission im Hinblick auf eine angemessene Festsetzung, wie sie z. B. der Deutsche Bauernverband auf seiner Mitgliederversammlung gefordert hat, sowie den Abbau des Grenzausgleichs ablehnen, sich gegen die Aushöhlung des Marktordnungssystems stellen und zur Herstellung des Marktgleichgewichts nur solche Maßnahmen billigen, die die Einkommenssituation der Erzeuger nicht beeinträchtigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

52. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, eine Beitragserhöhung in der Rentenversicherung zu vermeiden, wenn die jährliche Aufbesserung der Renten von 1976 an um ein halbes jahr verschoben und dann an die aktuellen Lohnsteigerungsraten gebunden wird?

53. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wie sieht die Bundesregierung im Konkreten die finanzielle Sicherstellung der gesetzlichen Rentenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung nach 1977?

54. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Rentenversicherung schon 1976 eine Liquiditätshilfe von 5 Milliarden DM braucht, und wenn ja, welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen?

55. Abgeordneter **Ziegler** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß, wie der „Kölner Stadtanzeiger" vom 27. Januar 1976 gemeldet hat, der Bundeskanzler und der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Besorgnisse über die finanzielle Absicherung der Rentenversicherung als objektiv unberechtigt bezeichnet haben, und wie nimmt die Bundesregierung zu den Berechnungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte Stellung, insbesondere zu der sich daraus ergebenden Schlußfolgerung, bereits für 1977 sichernde Maßnahmen zu ergreifen?

56. Abgeordneter **Ziegler** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte Schuldbuchforderungen gegen den Bund sowie Wertpapiere des Bundes vor der Einlösefrist zurückgeben muß, um ihre Liquidität sicherzustellen, und waren alle Stellungnahmen und Äußerungen seitens der Bundesregierung in den letzten Jahren und insbesondere im vergangenen Jahr geeignet, zu einer realistischen Anlagepolitik seitens der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte beizutragen?

57. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung Befürchtungen, daß bei den Diskussionen um die Werkstätten für Behinderte die Behinderten selbst in den Hintergrund treten und die Struktur der Werkstättenkonzeption zu sehr im Vordergrund steht, und wenn ja, wird sie dagegen etwas unternehmen?

58. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß durch den Erlaß „zur individuellen Förderung der beruflichen Fortbildung" der Bundesanstalt für Arbeit vom 27. August 1975 eine große Zahl von Handwerksberufen, die in der Zukunft wegen ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung dringend gebraucht werden, von der Förderung nach dem Arbeitsförderungsgesetz ausgeschlossen werden, und – wenn ja – daß dies dazu führt, daß an diesen Berufen interessierte Jugendliche in der Zukunft wegen des Fehlens von Ausbildungsmeistern keine qualifizierte Berufsausbildung mehr erhalten können, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, bei der Bundesanstalt für Arbeit dafür einzutreten, daß die Benachteiligung der im Erlaß genannten Berufe wieder beseitigt wird?

59. Abgeordneter **Rollmann** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Begrenzung von Überstunden für ein geeignetes Mittel, um die Arbeitslosigkeit zu verringern, und wenn ja, was will sie unternehmen, um dieser Auffassung Geltung zu verschaffen?

60. Abgeordneter **Rollmann** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß seit 1966 die sogenannten Lohnnebenkosten pro 100 DM Lohn von 43,40 DM auf nunmehr 60,90 DM angestiegen und neben der Lohnentwicklung und anderen volks- und betriebswirtschaftlichen Faktoren der Grund für viele Firmenzusammenbrüche gerade in der personalintensiven mittelständischen Wirtschaft sind, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?

61. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund des § 4 Abs. 2 des Schwerbehindertengesetzes den Pflichtsatz von 6 % gemäß § 4 Abs. 1 des Schwerbehindertengesetzes zu senken, nachdem Arbeitsplatzzählungen eine erhebliche Diskrepanz von Arbeitsplatzsoll für Schwerbehinderte bei Beibehaltung der jetzigen 6 %igen Quote und wirklicher Zahl der zu beschäftigenden Schwerbehinderten offengelegt haben?

62. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung an ihrer Beurteilung, wie sie sie seinerzeit in der Begründung des Entwurfs eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Schwerbeschädigtenrechts gab (Bundesrats-Drucksache 262/73, S. 19) fest, daß ein zu großer Überhang an Pflichtplätzen zu einer ungerechtfertigten Belastung der Arbeitgeber führe, und sieht die Bundesregierung diesen Tatbestand nicht bei einem Überhang von ca. 390 000 nicht zu besetzenden Arbeitsplätzen für Schwerbehinderte als gegeben an?

63. Abgeordneter **Lampersbach** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, Leistungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) in Sonderfällen zu übernehmen – die wie im Beispiel des Durchgangswohnheims Unna-Massen darin ihren Ursprung haben, daß sämtliche Aussiedler sofort bei der AOK versichert sind –, um die Solidargemeinschaft nicht zu gefährden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

64	Abgeordneter **Möhring** (SPD)	Stimmt es, daß – wie vom Präsidenten des Verbands der Reservisten der Bundeswehr e. V. behauptet – der Mob-Anteil der Bundeswehr zu einem erheblichen Teil nur auf dem Papier steht, und daß sehr viele dort eingeplante Reservisten ihre Einheit nie gesehen haben?
65.	Abgeordneter **Möhring** (SPD)	Trifft es zu, daß – wie aus derselben Quelle verlautet – auf Grund eines ungenügenden Ausbildungsstands dieser Reservisten die bisher angenommene Abschreckungskraft der Gesamtbundeswehr nicht gegeben ist und die Reservisten damit als „Kanonenfutter" bezeichnet werden müssen und wenn ja, wird der Bundesverteidigungsminister in der künftigen Mitwirkung dieses zivilen Verbands eine zwingende Notwendigkeit sehen und danach handeln, um diese Ausbildungslücken wieder auszugleichen?
66.	Abgeordneter **Böhm** **(Melsungen)** (CDU/CSU)	Wie rechtfertigt es die Bundesregierung, daß in der Fragestunde vom 22. Oktober 1975 der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums der Verteidigung sich weigerte, mir die Personalstärke der Kampfgruppenbataillone der DDR bekannt zu geben, „weil er durch einen dicken roten Strich darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß hier Geheimschutzprobleme bestünden", daß aber in dem wenige Wochen später veröffentlichten und vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen zu verantwortenden „DDR-Handbuch" die Personalstärke der Kampfgruppenbataillone mit 400 000 veröffentlicht wurde?
67.	Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)	Kann der Bundesverteidigungsminister dafür Sorge tragen, daß von der geographischen Limitierung bei der Festsetzung von sogenannten „Einöde-Standorten" dann abgewichen wird, wenn zwar, wie zum Beispiel im Fall der Fliegerhorste Ulmen und Büchel in Rheinland-Pfalz, die „Grenze" um rund fünf Kilometer überschritten wird, andererseits aber in den Wintermonaten häufig die Angehörigen der Bundeswehr in diesen Standorten daran gehindert sind bzw. zurecht auf dienstliche Anordnung hin daran gehindert werden, mit dem eigenen Pkw die nächstgelegenen Städte zwecks Freizeitgestaltung aufzusuchen?
68.	Abgeordneter **Engholm** (SPD)	Kann die Bundesregierung bestätigen, daß „ehemalige Bundeswehrsoldaten und afrikaerfahrene Ex-Legionäre" aus der Bundesrepublik Deutschland von FNLA/UNITA als Söldner für den Krieg in Angola angeworben werden, und welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, die Anwerbung bundesdeutscher Staatsbürger als Söldner für den Krieg im südlichen Afrika zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

69. Abgeordnete **Frau Lüdemann** (FDP)

Wieviel Einsatzplätze für den freiwilligen sozialen Dienst stehen in den verschiedenen Sozialbereichen gegenwärtig zur Verfügung, und wieviel dieser Plätze waren in den Jahren 1974 und 1975 besetzt?

70. Abgeordnete **Frau Lüdemann** (FDP)

In welchen Sozialbereichen sieht die Bundesregierung – insbesondere im Hinblick auf Jugendarbeitslosigkeit sowie Mangel an Ausbildungs- und Studienplätzen – Möglichkeiten, weitere Einsatzplätze zu schaffen, u. a. auch in Familien mit mehreren Kindern oder einer pflegebedürftigen Person und in Sozialstationen?

71. Abgeordneter **Egert** (SPD)

Treffen Berichte zu, wonach die gesundheitspolitisch wünschenswerte Angabe von Nikotin- und Kondensatwerten bei Zigaretten durch die Hersteller bisher an Bedenken des Bundeskartellamts scheitert, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu tun?

72. Abgeordneter **Egert** (SPD)

Welche Regelungen beabsichtigt die Bundesregierung auch auf Grund der Ermächtigungen im Lebensmittelgesetz zu treffen, um den Verbraucher auf die Gefahren des Rauchens hinzuweisen?

73. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Ist der Referentenentwurf des neuen Jugendhilfegesetzes dem Deutschen Bundestag wegen der finanziellen Mehrausgaben der Städte und Gemeinden nicht zugeleitet worden, und – wenn ja – wie hoch hätten sich die Mehrausgaben belaufen?

74. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Wann gedenkt die Bundesregierung, die Rechtsverordnung zum Gesetz über Altenheime, Altenwohnheime und Pflegeheime für Volljährige zu den §§ 3, 5 und 14 vorzulegen?

75. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung ihre Vorstellungen hinsichtlich der Besetzung des Postens des Präsidenten der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung geändert, seit der von ihr vorgesehene Kandidat vom Bundespersonalausschuß für ein Amt dieser Besoldungsstufe als nicht geeignet befunden worden und die in dem Personalvorschlag zum Ausdruck gekommene Konzeption vielfältiger öffentlicher Kritik begegnet ist, und wen wird die Bundesregierung nunmehr vorschlagen, bzw. wen hat sie in den Kreis ihrer Erwägungen einbezogen?

76. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bemühungen der Berliner Ärztekammer, den Welt-Anästhesie-Kongreß 1980 in Berlin zu veranstalten, am Einspruch der Sowjets gescheitert sind, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung hieraus für die künftige Entwicklung der Lage in Berlin?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

77.	Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)	Wann ist nunmehr mit den Entscheidungen über die Trassenführung der Bundesbahn-Neubaustrecke Hannover–Kassel zu rechnen?
78.	Abgeordneter **Zoglmann** (CDU/CSU)	Wieviel Kraftfahrzeuge aus dem Bundesgebiet einschließlich des Landes Berlin und wieviel Kraftfahrzeuge aus der „DDR" und dem sowjetischen Sektor Berlins haben 1975 und in den früheren Jahren die Autobahn zwischen Berlin und Helmstedt oder Teile davon benutzt?
79.	Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, auf die Deutsche Bundesbahn dahin einzuwirken, daß auch allein erziehende Elternteile mit mehreren Kindern in den Genuß der ermäßigten Gruppenfahrscheine kommen?
80.	Abgeordneter **Walkhoff** (SPD)	Wie hoch ist die Zahl der Unfälle von gem. § 4 Abs. 1 Nr. 1 StVZO führerscheinfreien Mopeds im Vergleich zu Pkw- und Motorradunfällen jeweils bezogen auf eine Million zugelassener Fahrzeuge in der Bundesrepublik Deutschland?
81.	Abgeordneter **Walkhoff** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Einführung der Führerscheinpflicht auch für die bislang führerscheinfreien Mopeds?
82.	Abgeordneter **Würtz** (SPD)	Wie denkt die Bundesregierung auf die Erhebung einer Transitpauschale für Lkws durch die Türkei zu reagieren?
83.	Abgeordneter **Dreyer** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich die Einführung neuer Transitgebühren für den Lkw-Verkehr durch die Türkei für die betroffenen deutschen Transportunternehmen praktisch auswirkt, und welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um mit der Türkei ein Verkehrsabkommen oder Doppelbesteuerung abzuschließen, damit die Diskriminierung deutscher Transportunternehmen ausgeschlossen wird?
84.	Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann** (CDU/CSU)	Zu welchem Termin wird die Bundesregierung die Vorschrift außer Kraft setzen, daß die Motorleistung eines Lastkraftwagen auf 8 PS/t festgesetzt ist, und eine neue Verordnung in Kraft setzen mit einer Motorleistung von 6 PS/t?
85.	Abgeordneter **Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Deutschen Bundesbahn, das vom Vorstand der Deutschen Bundesbahn vorgelegte betriebswirtschaftlich optimale Streckennetz sei die umfassendste und fundierteste Bestandsaufnahme in der Geschichte der Bahn?

86. Abgeordneter **Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Äußerung des Bundeskanzlers, daß dieses Konzept des Vorstands der Deutschen Bundesbahn noch nicht einmal buchhalterisch richtig sei?
87. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost bei der Neuinstallation eines Fernsprechers, bei der ein farbiger Fernsprecher erbeten wurde, grundsätzlich eine Extragebühr verlangt, wenn der farbige Fernsprecher bei der Einrichtung von Seiten der Deutschen Bundespost nicht greifbar war und später ausgetauscht werden muß?
88. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß Ost-Berlin seine Verpflichtung, bis Ende 1974 den vollautomatischen Telefonverkehr zwischen dem Bundesgebiet einschließlich des Landes Berlin und der „DDR" sowie dem sowjetischen Sektor Berlins herzustellen, noch immer nicht erfüllt hat, und warum hat – bejahendenfalls – der Bundeskanzler dies im Bericht zur Lage der Nation verschwiegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

89. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Bundesregierung in ihren Verkehrsabmachungen mit Ost-Berlin nicht die „Deutsche Reichsbahn" statt der „DDR" als Vertragspartei für die Vergabe von Aufträgen zur Instandsetzung von drei Fernbahnhöfen im Land Berlin bezeichnet und so die drei Schutzmächte der Pflicht enthoben hat, entsprechende Klarstellungen vorzunehmen, und wenn ja, warum ist sie so verfahren, und wie stellt sie sicher, daß bei Verhandlungen mit Mitgliedern des Warschauer Pakts die erforderliche Sorgfalt beachtet wird?
90. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)	Bedeutet die Fixierung der jährlichen Transitpauschale auf 400 Millionen DM nicht in der Praxis einen zinslosen Kredit an die DDR in einer Höhe um rund 100 Millionen DM jährlich, und wenn ja, auf welche Weise ist für die Deckung des entstehenden Zinsverlustes durch die DDR gesorgt?
91. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)	Zu welchem Zeitpunkt und auf welche Weise sind die Vertreter der Drei Mächte, die bis zum gesamtdeutschen Friedensvertrag mit der UdSSR Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin innehaben, über die Abmachungen vom 19. Dezember 1975 umfassend informiert worden?
92. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)	Auf welche Weise ist gesichert, daß die DDR die nach Artikel 18 des Abkommens über den Transitverkehr vom 17. Dezember 1971 zu zahlende jährliche Pauschale künftig vor allem für die in Artikel 18 vorgesehene „Instandhaltung der entsprechenden Wege, Einrichtungen und Anlagen" verwendet?

93. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, daß die alliierte BKO vom 19. Dezember 1975 ohne Ausnahme von einem Tätigwerden der „Deutschen Reichsbahn" in den Westsektoren Berlins spricht, während in der Veröffentlichung der den Schienenverkehr betreffenden Vereinbarungen im Bulletin der Bundesregierung vom 22. Dezember 1975 ausschließlich von der „DDR" die Rede ist und die „Deutsche Reichsbahn" kein einziges Mal erwähnt wird?

94. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Kritik, die der alliierten BKO vom 19. Dezember 1975 durch die offizielle Nachrichtenagentur der DDR, ADN, in deren Meldung Nr. 1544 vom 19. Januar 1976 zuteil wird, und welches sind die Rechtsauffassungen der Bundesregierung über die Tätigkeit der Deutschen Reichsbahn in Berlin (West)?

95. Abgeordnete **Frau Pieser** (CDU/CSU)

Werden die zuständigen Ausschüsse (Auswärtiger-, Innerdeutscher- und Verkehrsausschuß) eine unverkürzte Einsicht in sämtliche zum Vertragswerk gehörenden schriftlichen Unterlagen erhalten?

96. Abgeordnete **Frau Pieser** (CDU/CSU)

Gibt es im Zusammenhang mit dem Vertragswerk mündliche Abreden und Erklärungen, deren volle Kenntnis für die Beurteilung der Abmachungen und ihre Abwicklung von Bedeutung sind?

97. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Sind diejenigen Texte in der Veröffentlichung des Bulletins, die nicht den Wortlaut einer Vereinbarung wiedergeben, sondern inhaltliche Wiedergaben von Abmachungen darstellen, mit der DDR abgestimmt worden?

98. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Gehören die mündlichen Erklärungen, die bei Unterzeichnung der Vereinbarungen mit der DDR über Verbesserungen im Berlin-Verkehr am 19. Dezember 1975 abgegeben und ihrem Inhalt nach im Bulletin der Bundesregierung vom 22. Dezember 1975 abgedruckt worden sind, rechtlich zu den getroffenen Abmachungen?

99. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, den schriftlich fixierten Wortlaut der vorgenannten mündlichen Erklärungen dem Deutschen Bundestag zur Kenntnis zu bringen?

100. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Mit welchen Verkehrsaufkommen rechnet die Bundesregierung beim Verkehr zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet in diesem und in den kommenden Jahren?

101. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Wie hoch hätten sich die Einnahmen der DDR im Jahr 1975 belaufen, wenn die Abgaben und Gebühren im Berlin-Verkehr nicht pauschal, sondern individuell entrichtet worden wären?

102. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung – dem Beispiel des Landes Hessen folgend – nicht mehr vom „Zonenrandgebiet", sondern vom Grenzgebiet zur „DDR" sprechen?
103. Abgeordneter **Gierenstein** (CDU/CSU)	Wie wird der Bundeskanzler seiner Aussage gerecht, für die Kräftigung der Bindungen zwischen dem Bund und dem Land Berlin zu sorgen, sei Sache der Bundesregierung, wenn er im Zusammenhang mit der Schaffung neuer Bundespräsenz im Einklang mit dem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin angesichts sowjetischer Proteste der Auffassung huldigt, keine neuen Streitfälle in die Welt zu setzen?
104. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)	Ist der Bundeskanzler der Auffassung, daß es erst zusätzlicher Vereinbarungen mit Ost-Berlin über die Achtung und Anwendung von Menschenrechten bedarf, damit die „DDR" verwirklicht, was in der Schlußakte von Helsinki steht?
105. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß das Gesamtdeutsche Institut seinen Kalender „Blick in die DDR" 1976, dessen Inhalt und Gestaltung zu vielfachen Bedenken Anlaß gegeben haben, an bayerische Schulen versandt hat, ohne daß die erforderliche Genehmigung des Staatsministers für Unterricht und Kultus für die Verteilung von Druckschriften vorlag?
106. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß sich der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, bevor er Druckschriften herstellen läßt, die im Schulunterricht verwandt werden sollen, nicht mit den Kultusministerien der Bundesländer in Verbindung setzt und wenn ja, warum nicht?
107. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)	Gibt es ein Strategiepapier der Bundesregierung über ihre Pläne zur Verwirklichung der menschlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Erleichterungen im sogenannten 3. Korb der Schlußakte von Helsinki durch entsprechende Vereinbarungen mit der DDR, und wenn ja, wann wird die Bundesregierung den Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen über dieses Papier und ihre Pläne informieren?
108. Abgeordneter **Zoglmann** (CDU/CSU)	Hat der Bundeskanzler bei seinem in der jüngsten Regierungserklärung gegebenen Hinweis auf die Übernahme der Kosten für die Wiederherstellung der Saale-Brücke durch die Bundesregierung übersehen, daß diese Brücke ausschließlich dem Verkehr mit dem Bundesgebiet dient?
109. Abgeordneter **Gierenstein** (CDU/CSU)	Wo verläuft nach der in der jüngsten Regierungserklärung zum Ausdruck gekommenen Auffassung des Bundeskanzlers die Grenze zwischen sachlich-nüchterner Gegenüberstellung und kleinlichem Aufrechnen?

110. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)

Unter Bezugnahme auf die jüngste Regierungserklärung des Bundeskanzlers frage ich, ob für den Bundeskanzler das Land Berlin nicht zum Bundesgebiet gehört?

111. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)

Wollte der Bundeskanzler in der Regierungserklärung vom 29. Januar 1976 durch die Wahl der Worte „ihrer DDR" zum Ausdruck bringen, daß die Menschen in Mitteldeutschland sich überwiegend oder mehrheitlich mit der ihnen auferlegten Gewaltherrschaft identifizierten, oder welche anderen Gründe haben den Bundeskanzler zu der herausgehobenen Wortwahl bewogen?

112. Abgeordneter **Dr. Probst** (CDU/CSU)

Wer sind nach Auffassung des Bundeskanzlers (Regierungserklärung vom 29. Januar 1976) „die Rigoristen auf beiden Seiten, die sich gegenseitig die Alibis besorgen für die Haltung des Alles oder Nichts" in der Außenpolitik?

113. Abgeordneter **Rainer** (CDU/CSU)

Spricht auch die Bundesregierung von einer „Einbettung Berlins in die DDR", und wie ist dies – bejahendenfalls – zu verstehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

114. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß 1969 in der Verwaltung des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung 485 Beschäftigte einen Etat von 2,1 Milliarden DM betreuten, während im Jahr 1976 für einen Etat von 3,96 Milliarden DM (auf der Preisbasis 1969 etwa 2,6 Milliarden DM) 764 Planstellenbeschäftigte, weitere 55 sonstige Hilfskräfte und ca. 500 Beschäftigte bei Projektträgern mit der Verwaltung des Forschungsetats beauftragt sind, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung den gestiegenen Verwaltungsaufwand?

115. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß bei der Steigerung der realen Forschungsausgaben des Bundesforschungsministeriums von etwa 25 bis 35 Prozent (je nach Verwendung des Preisindex) 1976 im Vergleich zu 1969 eine Vermehrung des Verwaltungsaufwands um etwa 300 Prozent gerechtfertigt ist, und wenn nein, was gedenkt sie zur Verminderung des Aufwands zu unternehmen?

116. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Ist der frühere hessische Kultusminister Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg in das Bundesministerium für Forschung und Technologie berufen worden, und wenn ja, in welcher Funktion und mit welchen Aufgaben ist er tätig?

117. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Auf welche Vergabe von Forschungsmitteln durch die Bundesregierung nimmt Prof. Dr. von Friedeburg damit gegebenenfalls direkt oder indirekt Einfluß?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

118. Abgeordneter **Geldner** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß zahlreiche deutsche Zeitungen im Ausland ums Überleben kämpfen, und was kann getan werden, um auch hier die wünschenswerte Vielfalt nach Möglichkeit zu erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

119. Abgeordnete **Frau Benedix** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um künftig Übergriffe auf deutsche Staatsbürger in Chile zu verhindern und die Sicherung von Reisenden aus der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten?

120. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Muß, wenn man die kürzlich veröffentlichte Aussage des Kreml-Beraters Professor Vadim Sagladin, „daß unter den Bedingungen der Entspannung die reinsten Bedingungen für die Entwicklung der gesellschaftlichen Prozesse geschaffen werden" – womit zweifelsohne nur der Übergang zum Sozialismus gemeint sein kann –, in Beziehung setzt zu den gerade auch wieder im „Weißbuch 1975/76 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr" gemachten Feststellungen, der Warschauer Pakt habe in den letzten 5 bis 7 Jahren seine Streitkräfte beträchtlich verstärkt und beabsichtige, „mit militärischer Überlegenheit politischen Druck auszuüben", nicht der Schluß gezogen werden, daß die sogenannte Entspannungspolitik vom Osten lediglich als Instrument eines weltweiten sowjetischen Hegemoniestrebens benutzt wird?

121. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung auf Grund der Tatsache, daß der Botschafter der UdSSR zu einem aus Anlaß des Ersten deutsch-sowjetischen Symposiums von Mitgliedern des Deutschen Bundestags und Mitgliedern des Obersten Sowjets gegebenen Empfang die Berliner Teilnehmer dieses Symposiums – im Gegensatz zu den deutschen Gastgebern gesellschaftlicher Veranstaltungen aus diesem Anlaß – nicht eingeladen hat, entsprechende Schritte unternehmen?

122. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die kubanische Regierung gegenüber dem angolanischen Volk eine offene Aggression begeht, und wenn ja, gedenkt sie, deswegen bei der kubanischen Regierung vorstellig zu werden und ihre Beziehungen zu Kuba zu überprüfen, sofern diese Aggression nicht eingestellt wird?

123. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Wieso ist das Ausreiseprotokoll mit Polen, das nach den Aussagen von Bundesminister Genscher im Bundestag am 26. November 1975 eine Konkretisierung der fortbestehenden und in unbefriedigender Weise erfüllten Rechtsverpflichtung Polens aus der „Information" von 1970 für die nächste Zeit sein soll, trotz der Unterschrift am 9. Oktober 1975 noch nicht rechtswirksam, obwohl es völkerrechtliche Bindungswirkung angeblich ohne Ratifikation haben soll (Stenographischer Bericht vom 26. November 1975) und dem Wortlaut und Inhalt des Protokolls selbst eine aufschiebende Wirkung der Rechtswirksamkeit nach der Unterzeichnung nicht zu entnehmen ist?

124. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung an Hand der nach dem 9. Oktober 1975 deutscherseits erteilten Einreisesichtvermerke feststellen können, an wie viele Familien mit wie vielen Personen jener 20 000 Deutschen, für die sie vorher aus besonderen Härtegründen bei der polnischen Regierung durch Interventionen vorstellig wurde, nunmehr Einreisesichtvermerke der Bundesrepublik Deutschland auf Grund der auch nach dem 9. Oktober 1975 ausgestellten polnischen Ausreisedokumente und Pässe erteilt wurden?

125. Abgeordneter **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU)

Wie vereinbaren sich die Feststellungen des Auswärtigen Amts zu den Fragen Nr. 94 bis 96 und 101 in der Fragestunde vom 11. Dezember 1975 (209. Sitzung), daß Anhaltspunkte für das Verlangen polnischer Behörden nach entschädigungslosem Verzicht auf Grundbesitz vor Erteilung der Ausreisegenehmigung an ausreisewillige Deutsche bisher nicht bekannt geworden seien, mit dem als Merkblatt Nr. 1 des Bundesausgleichsamts vom 9. Juni 1974 [Beilage zum Amtlichen Mitteilungsblatt des Bundesausgleichsamts Nr. 7 (1974)] bekannt gemachten Gutachten der zuständigen Heimatauskunftstelle, wonach die Erteilung der Ausreisegenehmigung „häufig von einem entsprechenden Vermögensverzicht zugunsten des polnischen Staats abhängig gemacht" wird und diese Übertragung „unentgeltlich und schuldenfrei zu erfolgen" hat?

126. Abgeordneter **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß nach den Feststellungen in dem genannten Gutachten des Bundesausgleichsamts vom 19. Juni 1974 „etwa seit 1972 ... die polnischen Behörden dazu übergegangen (sind), verschiedentlich die Erteilung der Aussiedlungsgenehmigung nicht nur von Verzichtserklärungen für die Vermögensobjekte der Antragsteller, sondern auch von entsprechenden Erklärungen der Miteigentümer oder Miterben, die im Bundesgebiet wohnen, abhängig zu machen"?

127. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Ist inzwischen festgestellt worden, wer den Schaden ersetzen muß, der der Bundesrepublik Deutschland über zwei Jahre lang durch die vom Bundesrechnungshof beanstandete Pensionierung des ehemaligen Leiters des Ministerbüros im Auswärtigen Amt als sogenannten politischen Beamten entstanden ist, oder wann ist gegebenenfalls mit einer solchen Feststellung zu rechnen?

128. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Ist der Satz des Bundeskanzlers, wenn die Vereinbarungen mit Polen nicht wirksam zustandekämen, so werde damit alles in Frage gestellt, etwa so zu verstehen, daß damit der nach Auffassung der Bundesregierung auch der deutschen Seite gegenüber rechtlich verbindliche Inhalt der Information im Zusammenhang mit dem Warschauer Vertrag in Frage gestellt wird?

129. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das dem Prinzip des Gewaltverzichts widersprechende Verhalten Kubas in Angola?

130. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Kuba abzubrechen?

131. Abgeordneter **Roser** (CDU/CSU)

Ist die Aussage des Bundeskanzlers, über den Streit um Geld nicht die Menschen zu vergessen, so zu verstehen, daß es ohne die angeblich der Abgeltung von Ansprüchen zwischen deutschen und polnischen Rentenversicherungsträgern und dem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen dienenden finanziellen deutschen Leistungen keine Erfüllung der nach Aussage der Bundesregierung rechtsverbindlichen polnischen Verpflichtung gebe, alle Deutschen ausreisen zu lassen?

132. Abgeordneter **Roser** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, es gebe entgegen der Aussage des stellvertretenden Chefs des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung keine zwischen der Bundesregierung und der Sowjetunion vereinbarte Formel, wie bei Einladungen zu internationalen Veranstaltungen nach Berlin auf privatrechtlicher Ebene verfahren werden solle, und was ist – bejahendenfalls – von wem mit der sowjetischen Seite mit welchem Ergebnis besprochen worden?

133. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland mit dritten Ländern Geheimabmachungen zum Atomsperrvertrag getroffen, die zwar der EG-Kommission zur Genehmigung vorgelegt worden sind, aber dem Deutschen Bundestag vorenthalten werden sollten?

134. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Hat sich die Bundesregierung namens der Bundesrepublik Deutschland an einem Geheimabkommen beteiligt, das die von diesem Abkommen nicht betroffenen Teilnehmerstaaten des Atomwaffensperrvertrags diskriminiert?

135. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Sind die moralische Grundlage der Aussöhnung mit Polen und die nach Auffassung der Bundesregierung verbindlich zugesagte Ausreise der Deutschen unter polnischer Herrschaft nach der in der jüngsten Regierungserklärung zum Ausdruck gekommenen Auffassung des Bundeskanzlers davon abhängig, daß von der Bundesrepublik Deutschland weitere finanzielle Leistungen an Polen erbracht werden?

136. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Aus welchem Grund hat sich die Bundesregierung bei der Abstimmung zur UN-Resolution über die Verurteilung des indonesischen Eingreifens in Timor der Stimme enthalten?

137. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Politik Indonesiens gegenüber der de jure noch unter portugiesischer Oberheit stehenden Kolonie Timor für vereinbar mit den Grunsätzen einer Friedenspolitik und den in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Rechten und Pflichten der Staaten, und wenn nein, wird sie innerhalb der Vereinten Nationen entsprechend tätig werden?

138. Abgeordneter **Schluckebier** (SPD)

Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zur Situation in und um Timor ein, und wird sie dieser Haltung innerhalb der Vereinten Nationen Ausdruck verleihen?

139. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob Reiseunternehmen der Bundesrepublik Deutschland von der polnischen Botschaft in Köln die Auflage gemacht worden ist, die polnischen Namen der ostdeutschen Orte jenseits von Oder und Neiße in der Werbung zu gebrauchen und die deutschen Namen zu unterlassen, weil sonst die Genehmigung für Omnibusreisen wegfiele, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung gegen derartige erpresserische Maßnahmen zu tun?

140. Abgeordneter **Dr. Probst** (CDU/CSU)

Wie vereinbart die Bundesregierung die Aussage des Staatsministers beim Bundesministers des Auswärtigen, die Bundesregierung sehe das Ziel ihrer Bemühungen um die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen Bonn und Warschau erst dann verwirklicht, wenn die Schüler in beiden Ländern die Empfehlungen der deutschen und polnischen Wissenschaftler kennenlernen können, um auf diese Weise das gegenseitige Verständnis zu fördern, mit dessen Aussage, die Bundesregierung nehme zum Inhalt keine Stellung?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung im einzelnen unternommen, um eine Gleichbehandlung aller Mitglieder des Deutschen Bundestages bei Besuchen der Bonner Vertretung in Ost-Berlin sicherzustellen, und was wird sie in Zukunft tun, um die unterschiedliche Behandlung seitens der Ostberliner Behörden zu beseitigen?

2. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Zu welchem Ergebnis hat bisher der Protest der Bundesregierung bei der Regierung der DDR über die Ausweisung des Spiegel-Korrespondenten Jörg Mettke geführt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

3. Abgeordneter **Rollmann** (CDU/CSU)

Unter Bezugnahme auf den Artikel vom 5. Januar 1976 in „Die Welt" „In der Sowjetunion wird die deutsche Elite planmäßig russifiziert – Wer Deutsch spricht, darf nicht studieren", frage ich die Bundesregierung, in welcher Form sie sich bei der Regierung der Sowjetunion für die kulturellen Belange und für die Ausreiserechte der Deutschen in der Sowjetunion einsetzt?

4. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Wie hoch waren am 1. Januar 1976 die Zahlen der in der Sowjetunion, Polen, CSSR, Ungarn, Rumänien und Bulgarien lebenden Personen deutscher Nationalität (etwa im Sinne des sowjetischen Rechts und deutsch-sowjetischer Übereinkünfte), die beim Deutschen Roten Kreuz die Aussiedlung in die Bundesrepublik Deutschland beantragt haben, bzw. deren Aussiedlungswunsch – über die dem Deutschen Roten Kreuz vorliegenden Anträge hinaus – nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen mit hohem Wahrscheinlichkeitsgrad anzunehmen ist?

5. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Wie hoch waren am 1. Januar 1976 die Zahlen derjenigen in der Sowjetunion, Polen, CSSR, Ungarn, Rumänien und Bulgarien lebenden Personen deutscher Staatsangehörigkeit (im Sinne des Grundgesetzes), die beim Deutschen Roten Kreuz die Aussiedlung in die Bundesrepublik Deutschland

beantragt haben, bzw. deren Aussiedlungswunsch – über die dem Deutschen Roten Kreuz vorliegenden Anträge hinaus – nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen mit hohem Wahrscheinlichkeitsgrad anzunehmen ist?

6. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Mit welcher Erklärung hat die Bundesrepublik Deutschland die obligatorische Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofs gemäß Artikel 36 Abs. 2 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs anerkannt?

7. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Da im Zuge der Vorbereitungen zur direkten Wahl des Europäischen Parlaments auch über den endgültigen Sitz des Europäischen Parlaments entschieden werden muß, frage ich die Bundesregierung, ob sie sich für Brüssel, Luxemburg oder Straßburg entscheiden wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

8. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

In wieviel Fällen ist es bei Fluchtversuchen aus der DDR durch deren Grenzsicherungsanlagen auf der Seite der Bundesrepublik Deutschland zu unentdeckten Verletzungen, schweren Verletzungen und Verletzungen mit Todesfolge gekommen?

9. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Wie stellt sich die Bundesregierung zur Ankündigung des belgischen Verkehrsministers Jos Chabert zur Einführung der Sommerzeit in Belgien ab 1977, und welche Maßnahmen schlägt die Bundesregierung in der Kommission der Europäischen Gemeinschaft vor, um die bestehende Regelung beizubehalten oder eine Harmonisierung herbeizuführen?

10. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Wie stellt sich die Bundesregierung bei einer unterschiedlichen Regelung die Behebung der entstehenden Schwierigkeiten in den grenznahen Regionen vor?

11. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß – wie in der „Neue Tag“ (Weiden/Opf.) vom 21. Januar 1976 gemeldet, Wartezeiten bis zu acht Stunden beim Grenzübertritt von den CSSR-Paßbehörden als normal angesehen werden, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?

12. Abgeordneter **de Terra** (CDU/CSU)

Wurden die Tarifverhandlungen einschließlich der Verhandlungen über Mindestbestimmungen für das zivile Seepersonal der Versorgungsflottille im zweiten Halbjahr 1974, wie vorgesehen, wieder aufgenommen, und liegt zwischenzeitlich ein Ergebnis vor?

13. Abgeordneter **de Terra** (CDU/CSU)

Welche Mehrkosten sind bisher auf Grund fehlender Mindestbestimmungen und auf Grund der ergangenen Urteile des Bundesarbeitsgerichts der Versorgungsflottille durch Mehrzahlungen an das zivile Seepersonal entstanden?

14. Abgeordneter **Rainer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Kommission der Europäischen Gemeinschaft dem Ministerrat lediglich Rahmenbestimmungen für die Dauer einer Sommerzeitregelung vorschlägt, auf deren einheitliche Einführung auf Grund eines deutschen Widerspruchs verzichtet wird, und trifft es ferner zu, daß die Bundesregierung entgegen früheren Angaben sich dabei doch auf Auswirkungen im Land Berlin berufen hat, obwohl der Regierende Bürgermeister von Berlin keine Schwierigkeiten für den Fall vorhersah, da es in den Sommermonaten einen Zeitunterschied zwischen dem freien Teil der Stadt und dem Sowjetsektor sowie der „DDR" gibt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

15. Abgeordneter **Meinike (Oberhausen)** (SPD)

Welche Erfahrungsberichte liegen der Bundesregierung hinsichtlich der Anwendung des § 1747 a BGB vor, und widerspricht die Bundesregierung der Behauptung, daß die im Jahr 1973 geschaffene Vorschrift vielfach von Vormundschaftsgerichten sehr eng ausgelegt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

16. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Berichterstatters des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments, Cointat (EDF-F), daß der Haushaltsentwurf des Rats für 1976 „jegliches politisches Programm vermissen lasse" und „lediglich eine Summe von Mittelansätzen beinhalte", die ohne „politisches Band" nebeneinandergestellt seien und nur als Buchführung für einen „Krämerladen" tauge, und wäre nicht im Hinblick auf diese Äußerungen notwendig, daß für die künftigen EG-Haushalte mehr Unabhängigkeit von einzelnen Entscheidungen der Regierungen der Mitgliedstaaten und eine stärkere Betonung der Entscheidungskompetenzen der Gemeinschaft erreicht wird, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um in Zukunft diesen Weg zu unterstützen?

17. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

Ist der ausführliche Bericht der „Wirtschaftswoche", Nr. 5 vom 30. Januar 1976, über die sich in erheblichen Schwierigkeiten befindliche staatseigene Deutsche Bau- und Bodenbank AG Frankfurt zutreffend, und sind gegebenenfalls bereits Konsolidierungsmaßnahmen eingeleitet oder geplant, und in welcher Höhe sollen sie erfolgen?

18. Abgeordneter **Roser** (CDU/CSU)

Wie hat der deutsche Vertreter im Exekutivrat der Weltbank bei der Beschlußfassung über ein Chile zu gewährendes Darlehen gestimmt, und welche Überlegungen waren dafür maßgebend?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

19. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß im 5. Rahmenplan des regionalen Aktionsprogramms Nord-Eifel „Verbesserung der Wirtschaftsstruktur" für die Jahre 1976 bis 1979 die Stadt Euskirchen mit einer 20 %igen Investitionsförderung vorgesehen ist, während Zülpich nicht als Schwerpunkt ausgewiesen ist, und wenn ja, welche Umstände haben zu dieser Entscheidung geführt?

20. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche wirtschaftliche Bedeutung könnte nach dem derzeitigen Stand der Erkenntnisse das große Bleivorkommen in der Oberpfalz für die Bundesrepublik Deutschland bekommen, von dem in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 10. Dezember 1975 berichtet wurde?

21. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

In welchem Umfang sind gegenwärtig die benachbarten östlichen Staatshandelsländer gegenüber der Bundesrepublik Deutschland verschuldet, und wie wird die Bundesregierung dem Fall einer möglichen Zahlungsunfähigkeit auch nur eines Staatshandelslandes gegenüber der Bundesrepublik Deutschland begegnen?

22. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Bundeskartellamt die Sachbehandlung der Initiative des Verbands des Tankstellengewerbes zur Einführung geregelter Öffnungszeiten der Tankstellen an den Wochenenden verzögert, und – wenn ja – was wird die Bundesregierung dagegen unternehmen?

23. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Kennt die Bundesregierung eine EG-Statistik, wonach in den Jahren von 1970 bis 1975 in der Textilindustrie der Bundesrepublik Deutschland über 20 % der Arbeitsplätze verloren gingen, dies hauptsächlich in schwachen Regionen mit überwiegend Frauenarbeitsplätzen, und ist die Bundesregierung bereit, über den Verlustvortrag hinaus durch zusätzliche Maßnahmen zur Förderung der Eigenkapitalbildung die Situation der mittelständischen Betriebe zu verbessern und dadurch Investitionen anzureizen, um neue Anlagen, neue Verfahren, neue Produkte zu schaffen und damit die Arbeitsplätze langfristig zu sichern?

24. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß, wie vom Handelsblatt am 27. Januar 1976 gemeldet, die Länder Frankreich, Großbritannien, Italien und Belgien die Einführung einer staatlichen Inflationsversicherung für Ausfuhren erwägen, und ist die Bundesregierung bereit, nach einigen spektakulären Zusammenbrüchen von deutschen Exportfirmen auf Grund längerfristiger Exportaufträge – besonders in dem Ostblock – entweder die Partner in der EG von diesen Wettbewerbsverfälschungen abzubringen oder – wenn dies nicht möglich ist – für die deutsche Exportwirtschaft gleiche Maßnahmen vorzusehen?

25. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Was tut die Bundesregierung angesicht der gegen den EG-Vertrag verstoßenden Wettbewerbsverzerrungen, die sich gerade bei der heutigen ungünstigen Marktposition unserer Exportindustrie entscheidend für die Hereinholung von Auslandsaufträgen auswirken können, um die Harmonisierung der Ausfuhrbedingungen unter den EG-Staaten zustande zu bringen?

26. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Wird bei der Fortschreibung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" die Stadt Nastätten als übergeordneter Schwerpunkt anerkannt?

27. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Bundesbürgschaften der Bundesrepublik Deutschland für Ausfuhrgeschäfte mit Polen in den Jahren 1970 bis 1975, nach einzelnen Jahren aufgeschlüsselt, gewesen?

28. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wie hoch ist das polnische Handelsdefizit gegenüber der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1970 bis 1975, nach einzelnen Jahren aufgeschlüsselt, gewesen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

29. Abgeordneter **Geldner** (FDP)

Sieht die Bundesregierung die von ihr geforderte Bestandsaufnahme der EG-Agrarpolitik nach dem EG-Gipfeltreffen von Rom als gescheitert an (CDU/CSU-Agrarbrief vom 22. Dezember 1975)?

30. Abgeordneter **Geldner** (FDP)

Ist das Land Bayern bei der Verteilung der Bundesmittel für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur benachteiligt worden, wie vom bayerischen Landwirtschaftsminister Dr. Eisenmann beklagt wurde, und wie haben sich die Bundeszuweisungen für die bayerische Landwirtschaft in den letzten Jahren entwickelt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

31. Abgeordneter **Rollmann** (CDU/CSU)

Ist es nicht möglich, Veränderungen der gesetzlichen Lohnnebenkosten so zu terminieren, daß die Firmen nur einmal im Jahr eine Neuberechnung der gesetzlichen Lohnnebenkosten vornehmen müssen, und wenn ja, wird die Bundesregierung entsprechende Schritte unternehmen?

32. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** (FDP)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Mitteilungspflicht der Betriebe nach § 13 Abs. 1 des Arbeitssicherheitsgesetzes für das Jahr 1975 im Erlaßwege ausgesetzt werden sollte, nachdem diese Vorschrift wegen ihres hohen Verwaltungsaufwands durch die vom Bundestag verabschiedete Jugendarbeitsschutz-Novelle 1976 aufgehoben wird, und wenn ja, wird sie entsprechende Schritte einleiten?

33. Abgeordneter **Peter** (SPD)

Sind der Bundesregierung Untersuchungsergebnisse bekannt, wonach der Umgang mit Asbest als Werkstoff oder als Schutzkleidung ursächlich sein soll für bestimmte Krankheiten, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung im Interesse des Arbeitsschutzes dagegen zu tun?

34. Abgeordneter **Mursch (Soltau-Harburg)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die gemeinnützigen Blindenwerkstätten, die einer öffentlichen Förderung in besonders hohem Maße bedürfen, weil sie Arbeitsplätze auch für leistungsschwache blinde Handwerker zur Verfügung stellen, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nur in sehr geringem Maße berücksichtigt werden, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung gegebenenfalls ergreifen, um eine stärkere Berücksichtigung des Blindenhandwerks bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sicherzustellen und um damit eine Gefährdung von Arbeitsplätzen zu vermeiden?

35. Abgeordneter **Mursch (Soltau-Harburg)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Meinung, daß die entsprechenden Bestimmungen des Schwerbehindertengesetzes von 1974 und die Richtlinien für die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber von 1975 sich für eine Unterstützung des Blindenhandwerks als unzureichend erwiesen haben, und – wenn ja – wird sie sich für eine Verbesserung einsetzen?

36. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Nachdem sich bei Firmenzusammenbrüchen und Konkursen der letzten Zeit wiederholt herausgestellt hat, daß der jeweilige Betriebsrat von der Firmenleitung über die tatsächliche Lage des Unternehmens weitgehend im Unklaren gelassen wurde, frage ich die Bundesregierung, welche Konsequenzen sie hieraus, abgesehen vom Mitbestimmungsgesetzentwurf, für die künftige Sicherung bestehender Rechte der Arbeitnehmervertretung nach dem Betriebsverfassungsgesetz zieht?

37. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, bei der Durchführung des Gesetzes zum Schutze der arbeitenden Jugend den nachgeordneten Dienststellen eine großzügige Handhabung des Artikels 5 immer dann zu empfehlen, wenn davon zusätzliche Ausbildungsleistungen von Unternehmungen – beispielsweise sozial-pädagogische Kurse – betroffen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

38. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesverteidigungsminister bereit, im Rahmen des von der Bundesregierung beschlossenen 300-Millionen-Programms u. a. auch die Zahl der Ausbildungsplätze beim Gerätedepot Weener aufzustocken, um damit wenigstens eine kleine Hilfe für die Jugendlichen in diesem Raum zu schaffen?

39. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesverteidigungsminister bereit, im Interesse einer ordnungsgemäßen Schwimmausbildung der Soldaten des Standorts Borkum das Angebot der Kurverwaltung Borkum zu akzeptieren, das die Kapitalisierung der Benutzungsgebühren vorsieht und gleichzeitig die Zahlung einer einmaligen Bundesfinanzhilfe?

40. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß bei Truppenübungsplatzaufenthalten, z. B. dem Aufenthalt der 1. Luftlandedivision in Hohenfeld/Oberpfalz im Januar 1976, trotz strenger Winterkälte keine angemessene Winterausrüstung zur Verfügung gestellt wurde, obwohl angemessene Winterbekleidung in den Standortverwaltungen vorrätig gehalten wird, und wenn ja, worauf ist es zurückzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

41. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Zu welchen Ergebnissen haben die Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Landesregierung Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit dem Neubau der internationalen Jugendbildungsstätte in Dahlem-Basem, Kreis Euskirchen, geführt, und wann ist mit der Fertigstellung und Inbetriebnahme zu rechnen?

42. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Was kann die Bundesregierung tun, um zu erreichen, daß in der für 1976 zu erwartenden Richtlinie des Rates der EG die Verwendung anderer Pflanzenfette als Kakaobutter für Schokoladenerzeugnisse in der ganzen EG einheitlich geregelt wird?

43. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die Auslegung der neuen Kakaoverordnung, wonach andere Pflanzenfette als Kakaobutter in Schokoladenerzeugnissen nicht, auch nicht bei entsprechender Kennzeichnung, verwendet werden dürfen, verfassungswidrig ist, und wenn ja, wird sie dem entgegentreten?

44. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Welche Vorteile sieht die Bundesregierung in der geplanten Kennzeichnungsverordnung für alkoholfreie Erfrischungsgetränke der Kommission der EG-Generaldirektion Landwirtschaft für den Verbraucher, und hält sie die durch die Verordnung bedingten Herstellungsmehrkosten für vertretbar?

45. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Bundesgesundheitsamt die Tuberkuloseschutzimpfung aus finanziellen Erwägungen nicht mehr in die neuen Empfehlungen aufgenommen hat, womit nach der Auffassung der Deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde, der Gesellschaft für Sozialpädiatrie und des Berufsverbands der Kinderärzte die Gesundheit vieler Kinder aufs Spiel gesetzt werde, und wie hoch ist – bejahendenfalls – die mit einer solchen Maßnahme gewonnene Ersparnis?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

46. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)

Wird im Zusammenhang mit dem Ausbau der Vogelfluglinie der Deutschen Bundesbahn die enge Kurve der Bahntrasse im Bereich der Stadt Oldenburg begradigt werden?

47. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)

Wann ist mit der Durchführung dieser Maßnahme zu rechnen?

48. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wie haben sich für die Kunden der Deutschen Bundesbahn im Bereich des Kreises Euskirchen und des Erftkreises im einzelnen die Kosten durch die Schließung von Stückgutbahnhöfen verändert?

49. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der von ihr geförderte und bevorstehende Ausbau der B 1 im Bereich „Oppspring" des Mülheimer Stadtgebiets ein waldreiches Erholungsgebiet anschneidet, und wird sie gegebenenfalls im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür Sorge tragen, daß die Trassenführung der B 1 die vorhandenen Waldbestände nicht unnötig in Anspruch nimmt?

50. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Wird sie weiterhin, falls ein Eingriff in den Waldbestand unvermeidlich, die baldige Wiederaufforstung sichern und dafür sorgen, daß die Erholungssuchenden ungefährdet die Verkehrsstraße über- oder unterschreiten können?

51. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)

Hat sich die Bundesregierung beim Ausbau der B 202 zwischen Kiel und Rendsburg bereits definitiv für die Südtrasse im Raum Felde und Achterwehr ausgesprochen, obwohl diese nicht nur durch eine Grundsatzentscheidung der Landesregierung Schleswig-Holstein, sondern auch von den Kommunalvertretungen, landschaftspflegebewußten Verbänden Schleswig-Holsteins und der Öffentlichkeit abgelehnt wird, und wenn ja, welche Gesichtspunkte sind dafür ausschlaggebend gewesen?

52. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn Untersuchungen im Zuge der Rationalisierungsmaßnahmen durchführt mit dem Ziel, den Bahnhof Groß-Umstadt als Hauptdienststelle aufzulösen und dem Bahnhof Babenhausen anzugliedern, womit gleichzeitig auch der Bahnhof Klein-Umstadt Babenhausen zugeordnet werden soll?
53. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß der hessische Minister des Innern in seinem Bericht vom November 1973 „Vorschläge für die gebietliche Neugliederung der Landkreise Darmstadt und Dieburg und der Stadt Darmstadt" der Stadt Groß-Umstadt, die ab 1. Januar 1977 über 18 000 Einwohner auf 86 qkm haben wird, eine herausragende Bedeutung als Mittelzentrum und Entlastungsort für das Verdichtungsgebiet Rhein/Main zumißt, die durch die Auflösung des Bahnhofs Groß-Umstadt als Hauptdienststelle gemindert würde, und wie wird bei der genannten Untersuchung dieser Bedeutung Groß-Umstadts Rechnung getragen?
54. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	Wie hoch ist derzeit der Wagenausgang bei den in München bestehenden Rangierbahnhöfen, und wie wird sich dieser Wagenausgang nach der von der Deutschen Bundesbahn geplanten Streckenstilllegung gestalten?
55. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung auf die Deutsche Bundesbahn einwirken, daß die Ausgabe von Seniorenkarten auch in den Zügen durch die Zugbegleiter zugelassen wird, damit den in Frage kommenden Bevölkerungskreisen durch die Stillegung von Bahnhöfen in den ländlichen Gebieten der Anspruch auf die Fahrpreisvergünstigungen der Deutschen Bundesbahn im Rahmen von Sonderaktionen für ältere Leute nicht verloren geht?
56. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Sieht die Bundesregierung auf Grund des Vorfalls am 29. Januar 1976 morgens, als beinahe eine Passagiermaschine der Pakistan Airlines gegen einen Schornstein der Caltex-Raffinerie (Raunheim) gerast war, Veranlassung, die Sicherheitsvorschriften für den Flughafen Frankfurt/Main zu ändern oder zu ergänzen?
57. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)	Wann ist mit der Fertigstellung der Elektrifizierung der Strecke Hannover–Braunschweig–Helmstedt und der Inbetriebnahme zu rechnen?
58. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Bedeutung der Bundesbahnstrecke Aulendorf–Kißlegg–Leutkirch–Memmingen für die Infrastruktur des südlichen oberschwäbischen und Allgäu-Raums und für die Zukunft des Fremdenverkehrs in diesem Gebiet?

59. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche Bedeutung für die Industrie und die Arbeitsplätze der Stadt Bad Wurzach besitzt nach Auffassung der Bundesregierung die Bundesbahnstrecke Roßberg–Bad Wurzach?

60. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Wann wird nunmehr mit dem Ausbau der Kreuzung der B 54/414 bei Stein-Neukirch begonnen, nachdem dafür im „Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen" 2 Millionen DM zur Verfügung gestellt wurden?

61. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Ist es richtig, daß auf den Bundesautobahnen unterschiedliche Salzqualitäten mit zum Teil längerdauerndem Taueffekt und besonders hohem Verschmutzungseffekt verwendet werden, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, darauf hinzuwirken, daß einheitlich gutes und schnellwirkendes Salz gestreut wird?

62. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Hat der Bundesverkehrsminister der Südtrasse der B 202 den Vorzug gegeben, und wenn ja, aus welchem Grund, obgleich die Landesregierung Schleswig-Holstein unter landesplanerischem Gesichtspunkt die Nordtrasse befürwortet hat, eine Ortschaft – Feld-Brandsbek – durchschnitten und eine besonders reizvolle Landschaft empfindlich belastet würde?

63. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Abnahmepflicht durch den Technischen Überwachungsverein bei Überrollbügeln an Schlepperfahrzeugen zu beschränken auf Überrollbügel mit einem Verdeck, und eine Abnahmepflicht dann nicht vorzusehen, wenn die Bügel allein angebracht sind?

64. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung und die Deutsche Bundesbahn über die weitere Existenz der Bundesbahnstrecke Neuenmarkt/Wirnsberg–Bayreuth, nachdem diese Strecke nicht in dem dieser Tage bekanntgegebenen betriebswirtschaftlich optimalen Netz der Deutschen Bundesbahn enthalten ist?

65. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß diese Strecke nicht nur aus regional politischen und raumordnerischen Gründen nötig ist, sondern auch für die Einwohner der Region Oberfranken-West die einzige und mögliche Bundesbahnverbindung mit der Regierungshauptstadt Bayreuth darstellt, und welche Möglichkeiten schlägt die Bundesregierung im Falle der Auflösung dieser Strecke den Einwohnern der Region West vor, wenn sie mit der Deutschen Bundesbahn zu ihrer Regierungshauptstadt müssen?

66. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung mit den Bestimmungen der StVZO vereinbar, wenn in der Sendung vom 19. September 1975 der Fernsehreihe „Der 7. Sinn" eine Warnleuchte gezeigt wurde, die nach Nr. 19 der Technischen Anforderungen vom 5. Juli 1973 anstatt nach Nr. 20 typgeprüft ist?

67. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Bundesverkehrsministerium auf einer SPD-Versammlung in Karlsruhe erklären ließ, man wolle am Bau der Rheinstaustufe Neuburgweiler nicht um jeden Preis festhalten, falls Ergebnisse aus gegenwärtig laufenden Naturversuchen zur Verhinderung der Erosion eine andere Alternative anbieten, nachdem auf entsprechende Anfragen der CDU bisher stets mitgeteilt worden war, diese Versuche könnten die Entscheidung aus Zeitgründen nicht mehr beeinflussen?

68. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Wie stellt sich der gegenwärtige Stand dieser Versuche dar?

69. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung in bezug auf die mit einem Kostenaufwand von ca. 3 Millionen DM errichtete Ausbildungsstätte für zukünftige Fernmeldehandwerker in Eutin-Pulverbeck, und wann wird die Bundesregierung den Deutschen Postverband im Deutschen Beamtenbund in die Meinungsbildung einschalten?

70. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Berlin-Klausel, durch die im Postabkommen mit Ost-Berlin klargestellt werden soll, daß der Geltungsbereich auch das Land Berlin umfaßt, dadurch eingeschränkt wird, daß Vereinbarungen zwischen dem Senat von Berlin und Ost-Berlin von diesem Abkommen nicht berührt würden, und welche Bedeutung hätte ein solcher Zusatz angesichts der Versicherung des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen, es gebe zwischen dem Senat von Berlin und Ost-Berlin auf diesem Gebiet keine derartigen Vereinbarungen, und es sei auch nicht beabsichtigt, derartige Vereinbarungen zu treffen?

71. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, der Jugendpresse und den Schülerzeitschriften die gleiche Vergünstigung zuteilwerden zu lassen wie anderen Zeitungen im Zeitschriftenvertrieb, obgleich die Jugendpresse und die Schülerzeitschriften nicht die Auflage des Randausgleichs erfüllen und im Schreibmaschinendruck erscheinen?

72. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)

Wird sich auf Grund des mit Ost-Berlin ausgehandelten Postabkommens an den Gebühren für Briefe innerhalb Berlins sowie für Briefe zwischen dem Bundesgebiet einschließlich des Landes Berlin und dem anderen Teil Deutschlands etwas ändern, oder steht dem „die Realität der Verträge" mit Ost-Berlin entgegen, wie von der DDR-offiziösen Zeitung „Die Wahrheit" festgestellt wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

73. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bereits jetzt eine große Anzahl von Bundesdarlehenswohnungen leerstehen und daß in zunehmendem Maß Bundesbedienstete in billigere freifinanzierte Wohnungen ausweichen, nicht zuletzt in Erwartung der für 1. März 1976 angekündigten Mieterhöhungen auf Grund der Zinsanhebung für Bundesdarlehen durch die Bundesregierung, und wie groß ist die Gesamtzahl der leerstehenden Bundesdarlehenswohnungen im Bundesgebiet?

74. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß Bundesmittel über Jahrzehnte hinaus dadurch falsch eingesetzt sind, daß Bundesdarlehenswohnungen wegen zu hoher Mieten leerstehen bzw. wegen nachlassendem Bedarf freivermietet werden müssen, und welche Maßnahmen wird sie gegebenenfalls ergreifen, um dies zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

75. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)

Hat das Gesamtdeutsche Institut — Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben — seinen Sitz auch in Berlin, und wenn ja, warum wird in seinen Publikationen lediglich Bonn als Sitz des Instituts angegeben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

76. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Nach welchen Kriterien erfolgt die Vergabe der Mittel des von der Bundesregierung beschlossenen 300-Millionen-Programms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, und werden dabei auch Einrichtungen, wie beschützende Werkstätten und Bundesbildungszentren, gefördert?

77. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

In welchem Umfang und bei welchen Maßnahmen werden strukturschwache Gebiete, wie das Emsland, in dieses Programm einbezogen, und wann erfolgt die endgültige Festlegung der zu fördernden Projekte?

78. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung bestätigen, daß – wie im „Parlamentarisch-politischen Pressedienst" gemeldet – im Rahmen des 300-Millionen-Mark-Programms der Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit 2000 neue Ausbildungsplätze bei der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn geschaffen werden sollen, und wenn ja, mit wieviel neuen Ausbildungsplätzen wird im Rahmen dieses Vorhabens bei der ersten Ausbildungsstelle der Deutschen Bundespost in Bad Kreuznach gerechnet werden können?
79. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, ob die von ihr erlassene Rechtsverordnung geprüfte Sekretärin/geprüfter Sekretär vom 17. Januar 1975 im § 9 eine Gleichstellung von Sekretärinnenprüfungen mit Prüfungen der Industrie- und Handelskammern durch die Industrie- und Handelskammern vorsieht, diese Bestimmung jedoch von einigen Industrie- und Handelskammern mit der Begründung nicht beachtet wird, der § 9 der genannten Rechtsverordnung sei mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, und was gedenkt sie zu tun, um die dadurch gegebenenfalls eingetretene Rechtsungleich und Rechtsunsicherheit zu beseitigen?
80. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um der Übung einiger Landesarbeitsämter, die Förderung nach dem Arbeitsförderungsgesetz von der im Bereich einiger Kammern nicht erreichbaren Gleichstellung abhängig zu machen, entgegenzuwirken?
81. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)	Ir welchen Bundesländern sind im vergangenen Jahr alle Absolventen der pädagogischen Hochschulen und Studienseminare in den Schuldienst eingestellt worden, und wie viele ausgebildete Lehrer wurden insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland nicht in den Schuldienst übernommen?

Bonn, den 6. Februar 1976